

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Juni 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 63

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Marginalien zu den dritten Steuerungsulagen.
 Artfakt: Marginalien zu den dritten Steuerungsulagen. Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1916.
 Korrespondenzen: Berlin (M., M.). — Berlin (Schr.). — Karlsruhe (M., S.). — Mainz. — Osnabrück. — Plauen. — Tübingen. — Weisel.
 Anschläge: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungen der Beihilfe zur Erleichterung des Durchhaltens. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Messerprüfungen. — Der verkaufte Colonel. — Neue Steuerungsulagen für Buchdrucker- und Hilfsarbeiter. — Die Steuerungsulagenregelung im Buchbindergewerbe. — Tagesordnung zur Hauptversammlung der Zeitungsverlegerorganisation. — Weitere Papierverbrauchseinschränkungen für Tageszeitungen. — Wie sich die Papierrolle in den Zeitungen äußert. — Wogu Papier da ist. — Keine Papierausfuhr mehr. — Bezugspreis und Anzeigengebührerhöhungen. — Erhöhte Vergütung für amtliche Anzeigen. — Gelegenheitsarbeit Brotkardendiebe. — Ein Buchdruckerlehrling als Brotkardendieb. — Papiergebläse. — Anregungen zur Abhaltung eines internationalen Genossenschaftstages.

Marginalien zu den dritten Steuerungsulagen

Gewissmaßen als ein Epilog zur erweiterten Gauvorsteherkonferenz sollen noch besondere Wahrnehmungen in Gehilfen- und in Prinzipalskreisen einer objektiven Erwähnung sowohl wie je nach Notwendigkeit auch kritischen Beleuchtung unterzogen werden. Auf der letzten Tagung unseres Hauptauschusses, der während der Kriegsbauer schon so viel nützliche Arbeit geleistet hat und mit den ständig zunehmenden Erkenntnissen noch immer gut fertig zu werden wußte, konnten sie nicht zur Sprache gebracht werden, weil sie erst nachdem sie zu machen waren bzw. für uns in die Erscheinung getreten sind. Der „Korr.“ muß daher eine Nachlese halten, hat richtigstellend und aufklärend zu wirken, damit das Fortschreiten auf betretener Bahn, das gerade diesmal in sicherer Weise sich vollzog, nicht beeinträchtigt wird durch Rückwirkungen, die in dieser unsäglichen schweren Zeit wohl verständlich werden, die aber trotzdem nicht der neuen Steuerungsulagenregelung zur Last gelegt werden dürfen.

Wie schnell sich heutzutage die Voraussetzungen und Erfordernisse ändern, zeigt sich auch bei den hier anzuhaltenden Betrachtungen. Vorgefunden noch nicht viel mehr als eine Zusammenfassung von Redaktionsanmerkungen zu einigen Versammlungsberichten gedacht, muß nun schon eine Teilung vorgenommen werden und einem weiteren Artikel vorbehalten bleiben, was gleich nach mehreren Richtungen zu sagen ist.

In voriger Nummer läßt ein Versammlungsbericht aus Potsdam grobe Unzufriedenheit erkennen, weil einmal die Steuerungsulagen den herrschenden Preisverhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen und zum andern die im vorigen Jahr eingetretene Gewährung angerechnet werden dürfen. Man forderte Kündigung des Tarifs und Erhöhung der Grundpositionen, damit „auch die Höherentlohnenden in den Genuss der Zulagen gelangen und nicht auf die Gnade der Prinzipale angewiesen sind“. In dieser Resolution geht es bunt durcheinander. Erhöhung der Grundpositionen und Steuerungsulagen ist doch zweierlei. Beim ersteren Wege würde gerade das eintreten, was die Potsdamer Kollegen bemängeln, daß nämlich jetzt Gehilfen leer ausgegangen sind. Ist es nicht bekannt, daß die bei Tarifrevisionen herauspringende materielle Verbesserung dem Minimum gilt und nur die bis zu 3 Mk. darüber gehenden Löhne einschließt? Die Höherentlohnenden haben also keinen Genuss davon resp. sind auf die Gnade der Prinzipale angewiesen, wie es bei den Potsdamern heißt. Aber noch ein andres: Auf der Gauvorsteherkonferenz wurden die letztmaligen Steuerungsulagen in ihrem Durchschnitt einer Erhöhung des Minimums um 27 Proz. gleich erachtet. Bei der Steuerungsulagenregelung im April 1917 sind die untersten Löhne (die beiden ersten, für die Erhöhung der Grundpositionen in Betracht kommenden Staffeln) für Potsdam (15 Proz. Lokalzuschlag) erhöht worden:

	Verheiratete	Ledige
bei 0—1 Mk. über Minimum	26,88	22,14 Proz.
„ 1—3 „ „ „	21,66	17,33 „

Glaubt man in Potsdam, bei einer durch Tarifkündigung bewerkstelligten Tarifrevision mit jahrelanger Festlegung der Löhne würde ein besseres Ergebnis zu erzielen sein?

Gegen das Grundübel, der nicht nur durch die Landwirtschaft, gewinnstüchtigen Spekulanten und wucherliche Zinsfresserei, sondern auch durch die staatliche Preispolitik heraufbeschworenen schrecklichen Lebensverteuerung, sind und bleiben Steuerungsulagen oder Tarifserhöhungen nur Palliativmittel. Selbst die Munitionsarbeiter klagen, daß mit den Löhnen kein Auskommen ist. Die „Buchbinderszeitung“ schrieb aber kürzlich einmal ganz richtig, die Arbeiter im allgemeinen hätten gar kein Interesse an weiteren Lohnsteigerungen in der Rüstungsindustrie. Die Munitionsarbeiter würden noch mehr beglücken für die im Schleichhandel zu ersehenden Lebensmittel, die Geschäftsleute aber dürften die Preise immer höher schrauben, da nach den Löhnen in der Rüstungsindustrie fälschlich nicht nur von ihnen, sondern auch von den Behörden die Kaufkraft der Masse beurteilt wird. Der Krieg ist eben zu einem Punkt gelangt, wo das Grauen des Zusammenbruchs unverhüllt in die Erscheinung tritt. Es wird versucht, zu mildern und zu retten, aber es gibt kein wirkames Mittel mehr als das eine: baldigster Frieden! Dann kommt es wenigstens zu einem Anschwung.

Der Ortsverein Potsdam läßt höchst selten etwas von sich hören im „Korr.“, es ist uns jedoch so in Erinnerung, als ob dort die durchschnittliche Bezahlung nicht allzu weit über das Minimum hinausgehe. Das gilt auch von andern Orten, weshalb auf die unteren Lohnstufen der Nachdruck mit der Aufbesserung gelegt worden ist. Nun aber hört man so viel von Leer ausgehen der Höherentlohnenden und sogar von Anrechnung der „im vorigen Jahre“ gewährten Steuerungsulagen. Die letztere Möglichkeit kann — siehe Punkt 6 der Tarifamtsbekanntmachung in Nr. 51 — indes nur eintreten bei weiteren, von Dezember 1916 an ausgesprochenen Bewilligungen. Ein Miß ist damit jedoch nicht ausgedrückt. Der letzte Satz des Punktes 6 weiß übrigens auf einen Ausweg, der unbedenklich beschriftet werden kann.

Die Tarifkündigung war auch so ein Schlagwort, das während der letzten Wochen ohne viel Überlegung in die Debatte geworfen wurde, die Erhöhung der Grundpositionen ebenfalls.

Erfreulicherweise kann gemeldet werden, daß die zweite Hälfte der vergangenen Woche doch noch eine Vertändigung in Berlin gebracht hat. Dem Geschäftsführer des Tarifamts gelang es, die Parteien zusammenzubringen. Auf welcher Basis die Einigung zustande kam, wie das Ergebnis in der Generalsammlung unseres Berliner Vereins aufgenommen wurde und welche Aufnahme die Stellungnahme der Gauvorsteherkonferenz dort gefunden hat, ist uns im Augenblicke noch nicht näher bekannt. Das allgemeine Interesse daran wird aber wohl bald Befriedigung finden.

Aber die Steuerungsulagen der Schriftgießer in diesem Zusammenhang gleich ein paar Worte. Die Berliner Sieberkollegen haben im März, wie in ihrem Versammlungsberichte selbst gelagt wird, nennenswerte Zugeständnisse durchgeholt. Sie umfassen drei bzw. mit den Akkordarbeitern vier Staffeln, beginnend mit 7 Mk., endigend bei letzteren mit 5 Mk. In den Kreisen der Buchdrucker empfand man Freude über diesen Erfolg, mit dem die Berliner Sieberparte uns voraus war. Nun hat das Vorgehen der Berliner Buchdrucker bei den Schriftgießern zu dem Entschlusse geführt, das für unsere Kollegen dort herauspringende auch bei den Schriftgießerprinzipalen in Antrag zu bringen.

Wie die Zentralkommission feststellen konnte, sind in den andern Sieberstädten unternommene Versuche, den Berliner Zugeständnissen vom März nach- oder nachzukommen, nicht sonderlich glücklich. Es bleibt ein erheblicher Abstand.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1916.

Das Reichsversicherungsamt hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1916 kürzlich herausgegeben. Wie die beiden vorhergehenden, fand auch der vorliegende Bericht wieder unter den Einwirkungen des Krieges. Welchen Wert die sozialpolitische Gesetzgebung gerade während des Krieges für die arbeitende Bevölkerung hat, ergibt sich zur Genüge aus dem reichhaltigen Materiale, das sich über die Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung sowie über die getroffenen Kriegsmaßnahmen in dem zur Besprechung stehenden Berichte vorfindet.

Aus den einzelnen Kapiteln sei kurz folgendes entnommen:

a) Unfallversicherung.

Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl aller im Jahre 1916 bei den Versicherungsträgern (Berufsgenossenschaften usw.) angemeldeten Anfälle auf 601 004, die der erstmalig entschädigten auf 103 367. Die 1916 verausgabten Entschädigungen (Rente usw.) betragen 177 026 012 Mk. und wurden an insgesamt 1 101 619 Personen angewiesen. Die Berufsgenossenschaften brauchen die Fürsorge für die Unfallverletzten bekanntlich erst von der 14. Woche ab zu übernehmen; vorher nur, wenn die Heilbehandlung eher abgeschlossen ist und der Verletzte prozentual über die 13. Woche hinaus geschädigt bleibt. In allen Fällen können die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen auch an Stelle der Krankenkassen übernehmen. Nach Ansicht des Reichsversicherungsamts darf die soziale Fürsorge für einen an der Gesundheit geschädigten Verletzten nicht mit Abschluß der medizinischen Heilbehandlung als beendet angesehen werden, da sonst wertvolle menschliche Arbeitskraft verloren gehen kann. Das Amt ist deshalb bereits vor Ausbruch des Krieges dem Gedanken nähergetreten, Einrichtungen für eine möglichst weitgehende Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Erkrankten zu schaffen.

Diesen Zweck erfüllen, wie die Erfahrungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge gezeigt haben, in hohem Maße die Lazarettwerkstätten, in denen durch sogenannte Arbeitstherapie die an ihrer Gesundheit Geschädigten wieder allmählich an die Lohnarbeit gewöhnt werden. Ihr Vorzug gegenüber dem medikamentösen Verfahren besteht vor allen Dingen darin, daß die Übung des beschädigten Gliedes durch angemessene Arbeitsleistungen schneller gefördert wird, weil der Verletzte bei der schaffenden Tätigkeit der Werkstattarbeit zu einem höheren Eifer angepornt wird, als bei bloß medikamentösen Übungen. Zur Zeit schweben Verhandlungen, um die Erfahrungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge auf diesem Gebiet in möglichst weitem Umfange für die Unfallverletzten nutzbar zu machen.

Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurde auch in der Kriegszeit mit besonderer Aufmerksamkeit überwacht. Die zahlenmäßigen Befestellungen haben dargelegt, daß bei keiner Berufsgenossenschaft die Unfallziffer eine Höhe erreicht hat, die außergewöhnliche Maßnahmen rechtfertigte. Ein günstiges Ergebnis vertritt sich das Amt von der Anregung der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, die Grundzüge der Unfallverhütungsvorschriften in den Volksschulen als Unterrichtsgegenstand einzuführen. Den Schulaufsichtsbehörden, die bereitwillig auf diese Vorschläge eingegangen sind, wurden neben Merkblättern und Mahnrufen auch Tafeln mit erläuternden Abbildungen bewährter Schutzvorrichtungen zur Verfügung gestellt.

Unter der Rechtsprechung ist eine Entscheidung hervorzuheben, wonach Betriebsunfall in einem Fall anerkannt worden ist, wo ein in einer Munitionsfabrik beschäftigter Arbeiter bei einem Fliegerangriff auf die Fabrik auf dem Wege zur Arbeit 150 m von der Betriebsstätte entfernt durch eine Bombe getötet wurde. Anfälle auf dem Wege von und zur Arbeit gelten in der Regel nicht als Betriebsunfälle. In einer weiteren Entscheidung ist jedoch das Vorliegen eines Betriebsunfalles anerkannt worden, wo ein Arbeiter nach Beendigung der Arbeit eine Befestigung auszuführen hatte und dabei nach Erledigung des Auftrags einen Unfall auf einem gewöhnlichen gefährdeten Heimweg erlitt.

Was noch die durch Urteil erledigten Rekurse anbetrifft, so wurden von 5225 der Verletzten nur 903 = 17,3 Proz. und von 1135 Rekursen der Versicherungs-

träger 510 = 44,9 Proz. völlig oder teilweise abgeändert. Im Entschädigungsstellungungsverfahren wurden von den Versicherungsverträgen insgesamt 368607 Bescheide und Endbescheide erteilt. Nach erhobenem Einsprache wurden von den Endbescheiden entschieden 4233 zugunsten und 44623 zuungunsten der Verletzten bzw. deren Angehörigen.

b) Invalidenversicherung.

Trotz des Krieges können die Versicherungsträger über eine Zunahme ihres Vermögens berichten. Das Reinevermögen, d. h. das nach Abzug der Schuldverbindlichkeiten vorhandene Vermögen, hatte im Kriegsjahre 1915 noch um mehr als 100 Mill. Mk. zugenommen und dürfte sich Ende 1916 trotz Rückganges der Einnahmen und der Steigerung der Ausgaben weiter angewachsen sein. Die Zahl der festgesetzten Renten stieg von 1913/14 im Jahre 1914 auf 250339 im Jahre 1915 und auf 414885 im Jahre 1916. Die erhebliche Zunahme namentlich der Krankrenten, der Witwen- und Waisenrenten ist auf die lange Dauer des Krieges zurückzuführen. Die Steigerung betrug hier:

	1914	1915	1916
Krankenrenten	11999	17490	83399
Witwen- und Waisenrenten	9836	11304	13259
Waisenrenten	30240	107995	112671

Da die Altersrente seit 1. Januar 1916 bereits mit dem vollendeten 65. Lebensjahre beanprucht werden kann, stieg hier die Zahl der bewilligten Renten von 11715 im Jahre 1915 auf 96705 im Jahre 1916. Die Zahl der bewilligten Invalidenrenten dagegen ist um über 6500 geringer gegenüber dem Jahre 1915.

Für Kriegsweide wurden nach einer vorläufigen Zusammenstellung im Berichtsjahre 18120357 Mk. aufgewendet. Dem Heilverfahren, der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Lupus, der Krebskrankheit, der Krankenpflege auf dem Lande, der Wohnungsfürsorge — namentlich für hinterlassene Familien — usw. wurde auch im Jahre 1916 besondere Aufmerksamkeit geschenkt und teilweise erhebliche Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Bezüglich der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird noch berichtet, daß bis Ende 1916 bereits 52 Beratungsstellen den Versichererten unentgeltlich zur Verfügung standen. Weitere 27 sind in den ersten Monaten des neuen Jahres eröffnet worden. Gemeldet wurden den Versicherungsanstalten von militärischen Stellen bis Ende 1916 mit Einwilligung der Befehlshaber 444 geschlechtskrank gewesene Kriegsteilnehmer. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über die Beteiligung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an den neuen Maßnahmen angebahnt.

Das Ergebnis der Rechtsprechung war für die Versicherer vor dem Reichsversicherungsamt wie in den Vorjahren durchaus ungünstig. Dies kommt hauptsächlich daher, weil die Entscheidungen der Oberversicherungsämter nur mittels Revision (also wegen Nichtanwendung des bestehenden Rechts oder Mißverstehens) angefochten werden können. So wurden denn von den zugunsten der Versicherer gefällten Entscheidungen der Oberversicherungsämter in Berlin von 1562 nur 30 = 1,92 Proz., dagegen von 153 zugunsten der Versicherungsanstalten gefällten Entscheidungen 26 = 16,99 Proz. entweder völlig oder teilweise abgeändert.

c) Krankenversicherung.

Zahlreiche Anfragen beim Reichsversicherungsamt betrafen die Versicherungspflicht. Über die Krankenversicherungspflicht der noch dem Heeresverband angehörigen Kriegsbeschädigten, die eine der im § 165 der RVD. bezeichneten Beschäftigungen ausüben, hat sich das Reichsversicherungsamt vorbehaltlich einer instanzlichen Entscheidung dahin geäußert, daß es das entscheidende Merkmal darin erblicke, ob der Kriegsbeschädigte dabei auf dienstlichen Befehl handele. Davon hänge es ab, ob die Beschäftigung sich als eine dienstliche darstelle oder nicht. Ein noch dem Heeresverband angehöriger Kriegsbeschädigter sei also krankenversicherungspflichtig, wenn er zu einer Beschäftigung beurlaubt, mithin ohne dienstlichen Auftrag tätig ist.

Zur Frage der Welterversicherung entschied das RVD., daß der Vertreter eines Versicherer in eine niedrigere Klasse oder Lohnstufe nicht von der Entscheidung des Kassenvorstandes abhängig gemacht werden dürfe. Wenn kann die Übernahme der Krankenhaupflege durch die Krankenkasse auch von der Aufsichtsbekörde im einzelnen Falle nicht erzwingen werden. Als „eigener Hausbau“ kann der Familienhaushalt eines Verheirateten im Sinne des § 184 der RVD. nur gelten, wenn der Verheiratete mit seiner Familie zusammenlebt.

Wie bei der Invalidenversicherung ist hier nur das Rechtsmittel der Revision vor dem Reichsversicherungsamt zulässig, was zur Folge hatte, daß auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung nur wenig Revisionen von Erfolg waren.

Hamburg.

M. Goldenberg.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister — Vierteljahrsbericht März/Mai). Im vorliegenden Vierteljahre fanden drei Versammlungen statt, die sich in Anbetracht der Zeiten eines guten Verkehrs erhellten. Durch Krankheit und im vorigen fanden den Tod zwölf Kollegen, deren Ableben in der üblichen Weise geehrt wurde. In der Märzversammlung wies Kollege

Virkus auf die sehr rosig gehaltenen Artikel betreffs Lehrlingsentlohnung in der Berliner Presse hin und ermahnte die Kollegen, auf genaue Einhaltung der Lehrlingskassa zu achten. Den weiblichen Hilfskräften ist sehr große Beachtung zu schenken. Es werden jetzt schon nach dem Bereiche des Tarifamts 279 Frauen an den Druckmaschinen beschäftigt, deren Zahl sich in nächster Zeit noch bedeutend erhöhen wird, da fast täglich Gesuche beim Tarifamt eingehen um Genehmigung zur Einstellung weiblicher Hilfskräfte. Am 18. März wurde die Fachkassa unseres Vereins geschlossen. Trotz der vielen Eingebungen war der 2. noch ein überflüssiger. In einem einleitenden Vortrage: „Schritte im Offsetdruck“, erläuterte Kollege Erbs an der Hand von Skizzen die Neuerungen auf diesem Gebiete. Am Schlusse seines Vortrages führte der Referent aus, das Offsetverfahren würde nach dem Krieg eine starke Konkurrenz für uns werden. Unser ganzes Bestreben müßte darauf gerichtet sein, den Offsetdruck für den Buchdrucker zu gewinnen. — Die April- und Maiversammlung beschäftigte sich mit dem Thema: „Ist eine einheitliche Zuriichtmethode in den Maschinenfällen möglich?“ In Hand der Broschüre „Die Zuriichtung von Schrift-, Platen- und Bildformen“ wurde das Thema einer sehr gründlichen Aussprache unterzogen. Der Extrakt der Aussprache wird der Zentralkommission als Material überwiesen. — In der Maiversammlung kam im speziellen die große Unzufriedenheit mit den für Berliner Verhältnisse zu geringen Steuerungsulagen zum Ausdruck. Unsere leidtragenden Kollegen zeigen ein reges Interesse für den Verein, was uns die vielen Zuschriften aus dem Felde sowie die Versammlungsbesuche von Urlaubern beweisen.

Berlin. (Verein der in Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — Generalversammlung am 20. Mai). Das abgelaufene Geschäftsjahr stand unter dem Zeichen der Steuerungs- und Steuerungsulagen. Nach anfänglich vergeblichen Versuchen, Steuerungsulagen zu erreichen — nur für die Arbeiterinnen war eine kleine Zulage erwirkt worden —, ist es erst im März d. J. gelungen, nennenswerte Zulagen durchzusetzen. Nachdem die Buchdrucker neuerdings mit höheren Anträgen an die Prinzipale herangetreten sind, wird es von deren Erfolg abhängen, ob die Schriftgießer nicht ebenfalls ihre Anträge erweitern, daß sie die gleiche Höhe der Zulage wie bei den Buchdruckern erreichen. Etwaige Abzüge von den Steuerungsulagen sollen dem Vorstande gemeldet werden; es besteht nicht die Absicht, sich solche gefallen zu lassen, daß, wenn jemand einen oder zwei Tage krank ist, gleich ein Abzug erfolgt. Der Beschäftigungsgrad war für die wenigen in den Schriftgiebereien tätigen Gehilfen ein ziemlich gleichmäßiger. Er hat sich etwas gehoben; es haben einige Kollegen, die in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, wieder in der Schriftgieberei angefangen. Das Provisorium des Schnellgießens, an dem die an diesen Maschinen beschäftigten Geheer verschiedene auszusehen haben, soll in Anbetracht des Kriegszustandes bis zum Ablaufe des geltenden Tarifs bestehen bleiben. Die Prinzipale haben sich mit der Tarifverlängerung bis zum 1. April 1918 mit vierjährlicher Kündigung einverstanden erklärt. Die Kassenabrechnung wurde sehr richtig befunden und der Kassierer entlastet. Die Vergütung für die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder wurde in derselben Höhe bewilligt wie im Vorjahre. Die Sitzungsgelder sind um 50 Pf. erhöht. Die Führung der Vorstandsgeschäfte wurde den nichtzugehörigen Vorstandsmitgliedern, wozu noch ein beurlaubtes Vorstandsmitglied kommt, von neuem übertragen. Die im Felde befindlichen Vorstandsmitglieder sollen nach Beendigung des Krieges wieder ihre Ämter einnehmen. Die bisherigen Revisoren wurden wiedergewählt. Eine ziemlich Anzahl von Geldpostprüfern gelangte zur Kenntnisnahme, wobei der Wunsch geäußert wurde, die im Felde befindlichen Kollegen mit Nachrichten und Zeilungen zu versehen.

f. Karlsruhe. (Maschinenheer.) Die diesjährige Generalversammlung des Maschinenheeres für den Bezirk Karlsruhe wurde am 20. Mai in Rastatt abgehalten. Vertreten waren die Orte Karlsruhe, Baden-Baden und Rastatt. Wie aus dem Geschäftsberichte des Vorstehenden hing hervorging, war die Verortung der Geschäftsjahre gering; drei Bezirksversammlungen, Besichtigung des Dredgers in der Müllerischen Hofbuchdruckerei am Boror. Die Mitgliederzahl ist infolge weiterer Einberufungen auf 34 zurückgegangen. Unter der Fahne stehen zur Zeit 34, als Kriegsverlust haben wir im verfloffenen Jahre wieder drei Kollegen (Bühner, Möller und Dünner) zu beklagen; in Gefangenenschaft befanden sich zwei Kollegen. Den Feldausstellungen wurde auch im verfloffenen Jahre wieder eine Weihnachtsbesuche übermitteln. Der Kassenbericht, den Kollege Werz erstattete, ergab einen verhältnismäßig günstigen Bestand. Mit großem Interesse wurde alsdann die gegenwärtige Lage in welchem Besitze behaupten, so u. a. auch das zur Zeit in Sonderdruck betriebene Internen von Mädchen und Kriegsbeschädigten an der Schmalzschneiderei in der Karlsruher Schule des Zeitungsvorlegervereins. Jedemfalls haben die Kollegen alle Veranlassung, diesen Vorgängen die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Zur Sprache kam auch eine bereits in einer Karlsruher Ortsvereinsversammlung erörterte Angelegenheit eines Kollegen gegen eine Karlsruher Kasse und wurde der Drucker als Maschinenheer zugewiesen. Die betreffende Drucker beschäftigt ihn aber zum Minimum im Handl. Als der Kollege eine Stelle als Maschinenheer erhielt und den Abheberschein verlangte, wurde ihm derselbe verweigert. Durch Zufall erhielt der Kollege davon Kenntnis, daß die Drucker ihn der Militärbehörde gegenüber als „für die Maschine unbrauchbar“ bezeichnet, obgleich er an der Maschine gar nicht beschäftigt wurde. Der Abheberschein wurde dem

Kollegen natürlich zugesprochen. Nach Wiederwahl des jetzigen Vorstandes konnte die Veranlassung bereits 11 1/2 Uhr geschlossen werden. — Am Nachmittag unternahm die Teilnehmer einen Ausflug nach dem nahen Gernsbach im Murgale. Von hier ging es zu Fuß nach der zwei Stunden entfernten schönen Stadt Baden-Baden, wo nach Einnahme einer Erfrischung nur allzufröhlich die Abschiedsstunde schlug.

Mainz. Kollege Martin Auerhub beging am 4. Juni in festem geistiger und körperlicher Frische sein 50jähriges Berufsjubiläum. Geboren in Hechtsheim bei Mainz, erlernte er in der Goltzlebischen Druckerei in Mainz die „schwarze Kunst“ und trat nach Beendigung der Lehrzeit sofort der Organisation bei, der er nun 46 Jahre ununterbrochen angehört. Eine gesunde, herrliche Natur, hat er in dieser Zeit nicht weniger denn 2387 Beiträge geleistet. Der Subilar, der auch 1872 in Frankfurt a. M. konditionierte, war seinen Mitarbeitern immer ein guter Anwalt. Seit Jahrzehnten verleiht er den arbeits- und verantwortungsvollen Posten eines Anzeigenmeisters, wie er auch seit länger denn 25 Jahren das Ehrenamt eines Gemeinderats in Hechtsheim ausübt. Für seine politische Überzeugung mußte er in der Zeit des Ausnahmegesetzes seine Freiheit opfern. Möge die alte, knorrige Eiche aus Hechtsheim ihr bemohntes Haupt noch recht lange in voller Kraft und ungebeugt erheben!

Osnabrück. Die Bezirksversammlung vom 20. Mai befaßte sich vorwiegend mit den neuen Steuerungsulagen. Soweit sich übersehen läßt, haben die Osnabrücker Prinzipale — ganz im Gegensatz zu ihrem Verhalten im Jahre 1916 — die Zulagen anstandslos zur Auszahlung gebracht. In Melle haben sich bei der Einführung einige Schwierigkeiten ergeben, weswegen man dort die Hilfe des Kreisverwalters in Anspruch nehmen mußte eventuell auch weitere Schritte tun wird. Die Aussprache ergab das folgende Bild: Wenn auch das von unsern Vertretern jetzt Erreichte nicht als gerade glänzend zu betrachten ist, so sei es doch immerhin annehmbar. Bemängelt wurde aber von mehreren Seiten, daß die bisherigen Kinderzulagen fortgefallen sind; die hierdurch betroffenen Kollegen sollten möglichst eine weitere Erhöhung für sich antreiben. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die Bezirksversammlung des Bezirks Osnabrück erklärt sich im allgemeinen mit den erreichten Steuerungsulagen einverstanden; sie bedauert aber sehr die erfolgte Streichung der Kinderzulagen, da infolge dieses Umstandes die Aufbesserung für manchen verheirateten Kollegen recht geringfügig ist.“ Der Bezirk umfaßte am 1. April 96 Mitglieder.

Sg. Mauen. In der Versammlung am 19. Mai war wieder schwach besucht, diesmal mochte aber fast ausschließlich die „Mauener Witterung“ ihren Teil beigetragen haben. Die abgeänderten Steuerungsulagen sind hier bei allen Firmen glatt zur Einführung gelangt. Kollege M. Rudowitsch erstattete Bericht über die am 6. Mai in Chemnitz stattgehabte Konferenz der Besitzer und unabhängigen Vertreter nach dem Hilfsdienstgesetz. Es waren wirklich beachtliche Ausführungen, die Zeugnis von der Wichtigkeit dieser Einrichtung geben. Zum Schlusse gelangten wieder Grüße aus dem Felde zur allgemeinen Kenntnis.

Sittl. In der Gauvorsitzender Reiser hielt in der Versammlung vom 25. Februar einen Vortrag über das vaterländische Hilfsdienstgesetz. Er entrollte ein anschauliches Bild über die Verhandlungen mit den Gauvorsitzenden und Gewerkschaftsführern, ging sämtliche Paragraphen dieses Gesetzes durch, sie eingehend erläuternd, und führte vor Augen, wie es den Gewerkschaftsführern gelungen sei, vieles Ungünstige aus dem Gesetze hinaus, Gutes aber hineinzubringen. Lauter Beifall war der Dank dafür. Ferner konnte die Firma Renländer in Anbetracht der Steuerungsulagen anerkennend hervorgehoben werden. — In der Versammlung vom 20. Mai wurde zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen gelehrt: des Kollegen Schories, der für das Vaterland gefallen ist, und des Kollegen Max Renkewitz, der plötzlich und unerwartet aus unsern Reihen durch den Tod gerissen wurde. Velehrer hat sich alle Jahre als edler Kollege gezeigt und war auch lange Jahre als Vorsitzender unseres Ortsvereins tätig. Der Kassenbericht, den Kollege Ortag erstattete, ergab, daß mit dem bis jetzt gezahlten Extrabetrage die Familienunterstützung nicht mehr in bisherigem Umfange für unsere Kriegsteilnehmer aufrecht zu erhalten ist. Um dies dennoch zu ermöglichen, wurde eine Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags um 20 Pf. pro Woche beschlossen. Ferner wurde festgestellt, daß hier einige Firmen zurübel Beihilfe eingeleistet hätten. Der Vorsitzende mußte jedoch energisch darauf aufmerksam machen, solche Fälle auch dem Vorstand umgehend mitzuteilen, und nicht, wie es jetzt der Fall, daß dies der Vorstand erst auf Ansuchen und viel zu spät erfährt. Daß die neue Steuerungsulagenkassa hier glatt eingeführt wird, ist ohne weiteres anzunehmen; jedoch eine Aussprache hierüber oder eine befriedigende Äußerung deswegen wurde nicht laut. Schließlich gedachte noch der Vorsitzende in ehrender Anerkennung des 50jährigen Berufsjubiläums unseres Verbandsvorsitzenden Döbbit.

p. p. Wesel. Die am 21. Januar abgehaltene Generalversammlung war von 64 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende Lehmann gedachte der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Wilhelm Huppelmann und unseres früheren Mitgliedes Heinrich Sieding. Die Versammlung ehrte deren Andenken. Nunmehr gab er Kenntnis von einem Rundschreiben des Verbandsvorstandes und erstattete hierauf den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war leider schlecht zu nennen. Einen Überblick über den Kassenbestand gab Kassierer Döbberding. Anfang 1916 hatte der Ortsverein 31, 1917 noch 30 Mit-

glieder und 25 Mitglieder wurden bisher zur Fahne einberufen. An Familienunterstützung wurden 780 Mk. ausgezahlt. Der bisherige Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Es wurde beschlossen, die bisher gezahlte Unterstützung bestehen zu lassen und den unvertehrten Kollegen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten eine Liebesgabenverteilung zu lassen. — Am 9. Mai fand die nächste Versammlung statt und wurde von 18 Kollegen besucht. Der Vorsitzende gedachte zunächst des zu früh aus unfer Mitt abberufenen Gauerwalters Ewald Müller und widmete dem Verstorbenen einen ehrenvollen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken wie üblich. Am 1. April beging der allezeit beliebte Kollege Louis Kerschmann ein 50jähriges Berufsjubiläum. Im Namen des Vereins sprach der Vorsitzende die besten Wünsche aus. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, noch recht viele Jahre in unfer Mitte zu weilen! Hierauf wurde ein Zirkular des Gauer Vorstandes verlesen. Den Fallbericht erstattete der Kassierer. Ferner wurde beschlossen, den Kriegerfrauen zu den Festtagen neben der üblichen Unterstützung eine Extrastützung zukommen zu lassen. Die Gewährung der Steuerzulage kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. In zwei Betrieben wurde eine weitere Zulage nicht gewährt, da die Entlohnung die Mindestsätze schon übersteigt; in den übrigen Betrieben wurde die tarifliche Zulage gezahlt. Der Vorsitzende gab noch Aufklärung über die Lohnverhältnisse, woran sich eine längere Aussprache knüpfte. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unfer Organisation erhielt Kollege Hans Hanke (Freiburg i. Schl.) als siebzehntes das Eisene Kreuz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: Karl Häfeler und Hermann Mühsdorf (Wüchtersleben), Erich Schenk (Berlin), Otto Krauß (Essen), Wilhelm Nolte, August Schönhütte und Emil Wagner (Wittingen), Friedrich Schönfelder (Hannover), Wilhelm Meinzer (Karlshöhe), Theodor Schernau (Kiel), Oskar Bahrmann, Georg Dahe, Louis Günther und Kurt Scheffler (Leipzig), K. Westermann (Münster), Kurt Groch und Karl Süßner (Meißen), August Freimann (Stade) sowie Gottlob Doderer und Joseph Müller (Stuttgart). Damit haben bis jetzt 3507 Verbandskollegen diese hohen Auszeichnungen erhalten.

Nachahmenswerke Beispiele zur Erleichterung des Durchlassens. Die Firma W. Podawitz Nachf. (H. Krause) in Stade hat vier höhererinstanzlichen Gebissen ihres Personals, die nach den Ausführungsbestimmungen keinen Anspruch auf die Steuerzulagen erheben konnten, je 2 Mk. Lohnzulage gewährt. — Zum dritten Male bewilligte die Firma F. W. Schröter in Freiburg i. Schl. ihrem Personal eine zehnprozentige Steuerzulage, nachdem dieses in Anbetracht der Not um eine weitere Verbesserung nachgehakt hatte. Die Firmeninhaberin wird hoffentlich sich auch in der Weitergewährung der günstig bemessenen Ferien entgegenkommend zeigen.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Unfer Kollegen in Götting sind auch als Schwerarbeiter erkannt und erhalten Brot- und Kartoffelzulage. Mit der letzteren ist gegenwärtig, wie an andern Orten noch, allerdings Schluß gemacht worden, weil die Zulicherungen hinsichtlich der Kartoffellieferungen wie so vieles ebenfalls nicht gehalten werden konnten. Es gibt dafür Ersatz in Brot.

Meisterprüfungen. Die Seher Paul Scholz und Bruno Tralls aus Götting haben vor der Riegnitzer Handelskammer die Meisterprüfung für das Buchdruckergewerbe bestanden.

Der verkannte Colonel. Von einem heikleren Mißverständnisse, das eine Berliner Zeitung betraf, wußte die „Sächsische Rundschau“ hilfsrichig zu melden. Ein Seherlehrling war so gewissenhaft, bei einer volkswirtschaftlichen Abhandlung die angegebene Schriftgröße „Colonel“ hinter dem Namen des Verfassers mitzulassen. Der Fehler wurde merkwürdigerweise auch beim Korrektorenlesen nicht bemerkt, so daß als Verfasser: „Dr. Fritz A., Colonel“, angegeben war. Am nächsten Tage traf ein Entkräftungs-schreiben eines eifrigen Lesers ein, der an die Schriftleitung die empörte Frage richtete, „ob über deutsche Wirtschaftsverhältnisse ausgerechnet ein englischer Oberst seine ummaßegebliche Ansicht äußern müßte, und ob wir nicht auch genügend Sachverständige im Lande hätten“. Die Schriftleitung sich, dem bestimmtesten Manne bekanntzugeben, daß dem Schönste verdächtigen Verfasser der Titel „Colonel“ nur vom — Seherlehrling verliehen worden wäre, und daß Dr. A. ein guter Deutscher sei.

Neue Steuerzulagen für Buchdruckerehilfsarbeiter. In Berlin sind zwischen den betrieblchen Organisationsvertretungen Vereinbarungen getroffen, die in ihrer Höhe, Staffelung usw. fast ganz den für die Buchdrucker in Orten mit mehr als 15 Proz. Lokalaufschlag geltenden neuen Bestimmungen entsprechen. Ein Unterschied besteht darin, daß die nach dem 1. April 1916 in Beschäftigung bei ihrer Firma Getretenen durchweg 1 Mk. weniger erhalten. — In Nürnberg bekommen nunmehr Hilfsarbeiter, Buchbinder und Papier Schneider 6 Mk., Hilfsarbeiterinnen 4,50 Mk. wöchentlich. Nach dem 1. Januar 1917 bewilligte Lohnzulagen werden angerechnet, doch müssen unter allen Umständen 4 Mk. für männliche und 3 Mk. für weibliche Personen gewährt werden.

Die Steuerzulagenregelung im Buchbinder-gewerbe. Durch neue Verhandlungen am 24. Mai in Leipzig sind die kurz zuvor getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich und im Bereiche des Preiskartelltarifs (Berlin, Leipzig, Stuttgart) dafür folgende Bestimmungen getroffen worden: Männliche Arbeiter in Zeit- und Akkordlohn erhalten bei einem Wochenverdienste bis 34 Mk.: Verbeiratsrate 9,50 Mk., Ledige 8 Mk.; über 34 bis 38 Mk.: Verbeiratsrate 8 Mk., Ledige 6,50 Mk.; über 38 bis 42 Mk.: Verbeiratsrate 6,50 Mk., Ledige 5 Mk.; über 42 Mk.: Verbeiratsrate 4,50 Mk., Ledige 3 Mk. Arbeiterinnen in Zeit- und Akkordlohn erhalten bei einem Wochenverdienste bis 12 Mk.: 2 Mk.; über 12 bis 20 Mk.: 4,50 Mk.; über 20 Mk.: 3,50 Mk. Für Handalarbeiterinnen werden außerdem 20 Proz. Aufschlag auf die tariflichen Akkordpreise gezahlt. Für Berlin soll noch ein besonderer, örtlich zu vereinbarenden Zuschlag hinzukommen (5 oder 10 Proz.). Die neuen Steuerzulagen treten am 1. Juli in Kraft. Bemerkenswert ist in der Gültigkeitsbestimmung die zweimal vorkommende Redewendung „nach Friedensschluß mit England“. Bis zum 1. Juli nach diesem hoffentlich recht bald eintretenden Faktum soll der bestehende Tarif gelten. Drei Monate nach beflagtem Ereignis findet eine Beratung darüber statt, ob und in welcher Höhe die Steuerzulagen weiter zu gewähren sind. — Der Deutsche Buchdruckerverein hat dem Buchbinder-verbände geantwortet, es könne von einer besonderen Regelung abgesehen werden, da die Lohnverhältnisse und Steuerzulagen sich nach den Vereinbarungen zwischen den Organisationen im Buchbindergewerbe zu richten pflegen. Danach würden die mit den Berliner Buchdruck-prinzipsalen geführten Verhandlungen, über deren Ergebnis zunächst große Anzufriedenheit bei der Branche der Buchbinder in Buchdruckereien und Geschäftsbücher-fabriken herrschte, gar nicht notwendig gewesen sein. Wir wollen jedoch mitteilen, daß es auch beim zweiten Versuche bei der Zurechnung der für die Buchdruckergehilfen gültigen Steuerzulagen geblieben ist, und die Nachzahlung für April über 3 Mk. zu erhöhen nicht zu erreichen war.

Tagesordnung zur Hauptversammlung der Zeitungsverlegerorganisation. Die am 10. Juni in Berlin stattfindende ordnungsgemäße Jahresversammlung hat als Punkt 2e aufzuweisen: „Wirtschaftliche Vorgänge, insbesondere Papierfrage, Farbfrage, Heerespflicht und Hilfsdienstgesetz, Lohnerbhörungen, Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Zeitungsverleger, „Zeitungsverlag“ und Verlagsartikel des Vereins“. Für die Beitragsleistung wird ein Grundbetrag von 20 Mk. vorgeschlagen, hinzu treten Zuschläge in 16 Staffeln, die nach dem Verbrauch an Zeitungspapier abgestuft sind. Die erste geht bis zu 5000 Kilo, die sechzehnte geht über 10 Millionen hinaus. Aber 1000 Mk. soll jedoch auch in der höchsten Staffel der Zuschlag nicht betragen. Von Einzelvereinen sind Anträge gestellt, die zum Zweck haben: Verbot von Extrablättern an Wochen- und an Sonntagen, des Straßenverkaufs in- und außerhalb des Erscheinungsortes, des Bahnboisverkaufs außerhalb des Erscheinungsortes, Vorfallsgewerben bei den Generalkommandos, nach Lage der örtlichen Verhältnisse nur einmaliges Erscheinen noch zuzulassen. Mit diesen Anträgen wird wohl den Interessen der Zeitungsverleger nicht gedient werden können.

Weitere Papierverbrauchseinschränkung für Tageszeitungen. Nach einer Bekanntmachung vom 29. Mai 1917 soll der Verbrauchslaf für maschinenglattes, holzhaltiges Papier vom 1. Juni ab abermals um ein Zehntel derjenigen Menge eingeschränkt werden, die nach der letzten Festsetzung vom 31. März 1917 bezugsberechtigt war. Die Lage auf dem Druckpapiermarkt mache diese weitere Einschränkung notwendig. Was diese Maßnahme für die Tagespresse bedeutet, wollen wir an einem Beispiele zeigen: Eine Zeitung, die im Jahre 1915 in einer Auflage von 8000 und täglich mit 8, Sonnabends mit 12 Seiten, also wöchentlich mit 52 Seiten (jährlich 2652) erschien, verbrauchte jährlich etwa 79 500 kg Papier. Nach der ersten Bezugsrechtseinstellung wurde am 1. Juli 1916 eine Beschränkung von 5 bis 17 Proz. (im Mittel 10 Proz.) auf Grund der im Jahre 1915 verdruckten Quadratmeterfläche vorgenommen, nach der zweiten wurde diese Einschränkung des Bezugsrechts auf 6,5 bis 23,5 Proz. (im Mittel 15 Proz.) erhöht und nach der neuesten Bekanntmachung soll vom 1. Juni ab der Verbrauch nochmals um ein Zehntel Kürzung erfahren. Bei Ausnutzung des Bezugsrechts konnte, um bei dem Beispiele zu bleiben, die Tageszeitung mit bleibender Auflage folgende Mengen Papier jährlich verdrucken:

	1915 und 1916: 2650 Seiten Umfang	79 500 kg
vom 1. Juli 1916 ab:	2385 „	71 450 „
„ 1. Jan. 1917 ab:	2252 „	67 575 „
„ 1. Juni 1917 ab:	2027 „	60 817 „

Das wäre gegen dieselbe Zeit im Vorjahr eine Verminderung des Umfangs von jährlich 623 Seiten, wöchentlich von 12 Seiten. Ober: da dem Verleger bezugsberechtigt 67 575 kg, vierteljährlich 16 894 kg, laut letzter Verbrauchsfestsetzung vom 31. März 1917 zur Verfügung standen, so darf er für Monat Juni 1917 doch nur ein Drittel des Vierteljahresquantums (5631 kg) weniger 10 Proz. verbrauchen, das sind 5068 kg. Das auf Grund des Bezugsrechts bezogene, für Juni aber nicht verbrauchte Papier (das wäre in diesem Falle 563 kg) wird für die Zeit nach dem 1. Juli 1917 angerechnet. Die Bestimmungen über Bezugsrecht und Verbrauch von Papier werden immer komplizierter, und namentlich für kleinere und mittlere Verleger und Drucker wird die Befolgung derselben zu einer argen Belastung des Geschäftsganges, abgesehen von dem sich gar nicht vermeidenden Ausfälle von Anzeigeneinnahmen. Des weitem ist in der neuen

Bekanntmachung der Aushang von Zeitungen, Extrablättern an Schaufenstern, Anschlagstulen, in Verkaufsstellen und Wirtschaften verboten; nur wo ein gewerbsmäßiger Verkauf stattfindet, darf je ein Stück der betreffenden Zeitung ausgehängt werden.

Wie sich die Papiernot in den Zeitungen äußert. Das „Berliner Tageblatt“ sah sich gezwungen, von seiner vorletzten Sonntagsnummer acht Seiten Anzeigen herauszulassen. Es ist nicht das erstmal, daß zu solchen Zwangsmahnahmen, die für die Interenten schließlich noch schädlicher sind als für den Verlag, gegriffen werden mußte, es kommt auch nicht allein bei dem „B. T.“ vor. Die „Vollständige Zeitung“ konnte schon mehrmal ihre wissenschaffliche Sonntagsbeilage nicht bringen, weil es an Papier fehlte. Die „Sächsische Zeitung“ forderte das Publikum auf, sich in der räumlichen Ausdehnung der Inserate Beschränkungen aufzuerlegen. Für den amtlichen Papierverbrauch aber müßten sich keinerlei Schwierigkeiten ergeben, geht es doch dabei, wie gezeigt, noch immer in die Wollen.

Wozu Papier da ist. Wie der „Berliner Lokal-anzeiger“ mitzuteilen weiß, hat das Kriegsernährungsamt ein Buch über das Kriegswirtschaftsjahr 1917 in einer Auflage von nicht weniger als zwei Millionen erscheinen lassen. Die dazu verwendete Papiermenge würde den Jahresbedarf von etwa 100 kleinen Zeitungen decken. Nachdem unlängst mit der Neuorientierungsrede des Reichskanzlers im preußischen Landtag eine Überschwemmung angedichtet worden ist, das Papier aber immer knapper wird, muß es mit der Papiervergebung ein Ende haben. Die Schrift soll übrigens langweilig sein, was ja zu der Unpopularität des Kriegsernährungsamts passen würde.

Keine Papierausfuhr mehr. Nach einer Verordnung vom 25. Mai ist die Aus- und Durchfuhr von Papier und Pappe sowie Waren hieraus (mit Ausnahme einzelner bestimmt bezeichneter Papierwaren) nun nicht mehr gestattet. Demnach könnten die verbündeten und neutralen Länder auch kein Zeitungspapier mehr aus Deutschland erhalten.

Bezugspreis- und Anzeigengebührerbhörungen. Mit 1. Juni sind bereits von größeren Zeitungen oder örtlich gemeinsam Preiserbhörungen vorgenommen worden. Die Leipziger Tagespresse (mit Ausnahme der „Leipziger Volkszeitung“) erhebt einen um 10 Proz. höheren Bezugspreis bei einmaligem Erscheinen, um 15 Proz. bei zweimaligem. „Frankfurter Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Sächsische Volkszeitung“, „Sömer Tageblatt“ und „Abel-nisch-Wesfälische Zeitung“ haben eine Erhöhung des Inseratenpreises eintreten lassen. In der „Frankfurter Zeitung“ kostet nun die Kolonellege für die Morgenausgabe 20 Pf., für die Abendausgabe 80 Pf. Dazu kommt noch ein Steuerzuschlag von 10 Proz. für alle Ausgaben. Von der Fachpresse hat die „Papierzeitung“ den Anfang gemacht. Ab 1. Juli beträgt der Bezugspreis 3 Mk. im Vierteljahr (50 Pf. mehr), der Anzeigenpreis erfährt sofortige Erhöhung auf 20 Proz. (10 Proz. mehr).

Erhöhte Vergütung für amtliche Anzeigen. Den beiden Zeitungen in Götting ist von der Stadtverordnetenversammlung der Zeilenpreis von 12 auf 15 Pf. heraufgeleht, der grundtäglich für Anzeigen der Kommunalverwaltung gewährte Rabatt von 60 auf 40 Proz. ermäßigt worden. Außerdem wird für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 1. April 1917 ein bestimmter Betrag für die aufgenommene Zeile nachvergütet.

Gelegenheit macht — Brotkartendebe. In einer mit der Anfertigung von Lebensmittelfarben betrauten Berliner Großdruckerei entnahm ein sechzehnjähriger, schon dreimal vorbestrafter Arbeitsburche der Makulaturkiste 27 Bogen mit 1296 darauf befindlichen Brotmarken, außerdem mehrere Kartoffelfarben. Drei andre jugendliche Beschäftigte dieser Druckerei waren als Helfer in diesen Vorfall verwickelt. Der Dieb erhielt elf Monate, die Mits-angeklagten zwei Monate bzw. zwei Wochen bzw. fünf Tage Gefängnis. Die Makulaturbogen von Brotmarken sollten doch wohl einen vor beliebigen Zugriffen geschützteren Aufwahrungsort haben.

Ein Buchdruckerlehrling als Brotkartendebe. In Dresden haben nun die gerichtlichen Nachspiele wegen der unbefugten Herstellung von Brotmarken begonnen. Auf Veranlassung eines Maschinenarbeiters und mit dessen Hilfe druckte ein Lehrling 20 Brotmarkenstrefsen. An der Verwendung war noch ein Volontär beteiligt. Wegen Urkundenfälschung bzw. wissenschaftlichen Gebrauchts falscher Urkunden wurde der Verführer zu drei Monaten, der Lehrling zu einem Monat und der Volontär zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Gericht erkannte ab-sichtlich auf empfindlichere Strafen.

Papiergedrängungen. Die in Leipzig und Um-gegend seit längerer Zeit wahrgenommenen Fallfalle von Zweimarkstücken haben doch noch auf die richtige Spur geführt. Ein Holzarbeiter aus Filderbog nebst Frau sowie deren achtzehnjähriger Sohn, ein in Leipzig tätiger Stein-drucker, wurden der Fälschungen überführt und verhaftet.

Anregungen zur Abhaltung eines internationalen Genossenschaftstages. Die Moskauer Genossenschaften haben dem schwedischen Genossenschaftsbunde telegraphisch die Abhaltung einer Genossenschaftskonferenz von internationaler Beteiligung empfohlen. Der ungarische Verband hat sich direkt an den in London seinen Sitz habenden Internationalen Genossenschaftsbund gewandt, eine Friedens-konferenz einzuberufen und hat Holland und die Schweiz dafür vorgeschlagen. Da nach England auch mitgeteilt worden ist, der ungarische Verband hätte an die Genossenschaftszentralen aller Länder diese Anregung gerichtet, sah sich der Zentralverband deutscher Konsumvereine genötigt, in seinem Organ den Eingang einer solchen Mitteilung zu verneinen.

Verschiedene Eingänge.

"Arbeits für Buchgewerbe." Begründet von Alexander Madow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. 54. Band. Doppelheft 1/2. Jahrgang 1917. Sonderheft: Deutsche Kriegszeitungen. Einzelheft 1,50 M., Doppelheft 3 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Dolzstraße 1.

Briefkasten.

F. C. in M.: Die gegenwärtigen schlechten Eisenbahn- und Postverhältnisse ließen Ihre Karte erst am 1. Juni hier landen; also einen Tag zu spät. — **M. S. aus S.:** Man sollte gar nicht meinen, daß es auch so freundliche Kriegsbilder geben könnte? Und doch ist es a. d. V. besser, nicht wahr? — ? : Daß in Buchbindersachbüchern die Verlangen nach und Biberfelden von Anmerkungen über auch nichts Seltenes ist, beweist zugunsten Nummer. Es gibt eben überall Leute, die nicht leben können, ohne großen Unmut zu verüben. — **F. B. in B.:** Vielen Dank für Überlassung des wertvollen Opusculum. — **S. W. Schl.:** 1. Ein Ritter ohne Furcht und Zabel ist selbstverständlich auch unempfindlich gegen Kuhmeserisse. 2. Das Schwert kam erst nach, Gipsel aber nun überflüssig. 3. Man bittet, den Preis der Briefbogen nicht so herauszufordern! — **S. C. in G.:** Mitteilungen nebst unvorchriftsmäßig verpöbeltem Jubiläumsgedicht haben die Redaktion erreicht. — **S. W. in D.:** Den Erfolg hat Ihre "Schwurgerichtshilfen" nicht gerade gehabt, aber es macht sich nun. — **G. B. in S.:** 2,15 M. in Straßburg; 3,50 M. in Mar. — **M. S. in G.:** in Straßburg; 6,65 M. in Mar. — **M. S. in Breslau, Frankfurt, Hannover, Jena und Saalfeld:** Todesanzeigen sind für Nr. 65 vorgemerkt.

gedichtet haben die Redaktion erreicht. — **S. W. in D.:** Den Erfolg hat Ihre "Schwurgerichtshilfen" nicht gerade gehabt, aber es macht sich nun. — **G. B. in S.:** 2,15 M. in Straßburg; 3,50 M. in Mar. — **M. S. in G.:** in Straßburg; 6,65 M. in Mar. — **M. S. in Breslau, Frankfurt, Hannover, Jena und Saalfeld:** Todesanzeigen sind für Nr. 65 vorgemerkt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Kaffel. Vor dem Drucker Friedrich Blum, geboren 22. Juli 1868 zu Neuh a. Rh., wird hierdurch gewarnt. Er ließ sich hier unter Angaben, die sich nachher als Schwindel herausstellten, gegen Hinterlegung seines Verbandsbuches (Mechelnburg-Lübeck 1409) ein Darlehen zur Fortleitung seiner Reise in Kondition geben, ohne das Erhaltene zurückzugeben. Es wird um Angabe seines gegenwärtigen Aufenthaltsortes an den hiesigen Bezirkskassierer gebeten.

Adressenveränderungen.
Stab. Vorsitzender: A. Kruppa, Parkstraße 1; Kassierer: P. Schwirten, Schmedeborfer Straße 37.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):
Im Gau Bayern die Seher 1. Alois Seib, geb. in Egenhofen 1899, ausgl. in Ginzburg 1917; war noch nicht Mitglied; 2. Martin Gernhardt, geb. in E. n. d. h. 1888, ausgl. bei 1906; war schon Mitglied. — **G. C. in M.:** in München, Goldstraße 24 I.
Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Andreas Jacobs, geb. in Alsterbüll (Kreis Eiderstedt) 1883, ausgl. in Schleswig 1904; war noch nicht Mitglied. — **Martin Prüter** in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Verammlungskalender.
Dresden. Verammlung Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des "Volkshauses", Ribbenbergstraße 2.
Leipzig. Korrektorenverammlung Montag, den 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der "Goldenen Säge", Dresdener Straße.
Münster i. W. Verammlung Sonntag, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale Madenbrodt, Agildstraße.

Königl. Sächsische Landes-Lotterie
110.000 Lose — 55.000 Gewinne und 1 Prämie in 5 Klassen.
Jedes 2. Los gewinnt. Ziehung 1. Klasse am 13. u. 14. Juni 1917. Jedes 2. Los gewinnt.
800.000 1. Klasse
300.000 2. Klasse
150.000 3. Klasse
Klassenlose (in jeder Klasse) 1/2 M. 25. — 1/4 M. 50. —
Voll-Lose (für alle Klassen) M. 25. — M. 125. — M. 250. —
Paul Lippold Lotterie-Kollektor Leipzig
Richard-Wagner-Strasse 10.
Postcheckkonto: 50726 Leipzig.

Rinopfefer — Mechaniker
belgischer, I. Rinopfefer, sucht dauernde Stellung als Mechaniker. Berlin bevorzugt. Eintritt kann am 15. Juni erfolgen. Angeb. m. Lohnang. an S. Califfe, Nymphen (H.-M.), Kienowpromenade 3.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Erhöhte Leistung kein Belohnen der Anflüge und verminderte Unfallgefahr sind die Vorteile von Rauchs Bogenheber an der Siegelpresse. Preis 80 Pf. portofrei vom Erfinder M. Rauch, Stutfart, Ludwigstraße 20 I. Von der B.-Berufsgenossenschaft geprüft und empfohlen. Prospekt zu Diensten. [291]

Miederum entriß uns der Weltkrieg zwei treue Kollegen, und zwar den **Maschinenseher**
Jakob Westenberger
aus Erbenheim bei Wiesbaden und den Seher
Wilhelm Götzen
aus Essenberg (Rhein).
Ein ehrendes Andenken wird ihnen bewahren
Der Bezirksverein Krefeld.

Schriftseher, Typographseher und Maschinenmeister
auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Pfänderstraße 59. [453]

Schriftseher und Maschinenmeister
auch Kriegsbeschädigte, werden in dauernde Stellung gesucht.
Buchdruckerei Robert Stich, Nürnberg, Bauerngasse 32. [39]

Buchdruckmaschinenmeister und Schriftseher
für dauernd gesucht. Die Maschinenmeisterstelle ist durchaus selbständig.
F. G. Weichse Buchdruckerei, München, Liebertstraße 5. [42]

Mehrere Maschinenmeister
für bald oder später gesucht.
Buchdruckerei Vogel & Vogel, G. m. b. H., Leipzig-Neudorf, Dultstraße 40/42. [40]

Schriftseher
mittelfristig, sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnforderung und Altersangabe erbeten. [20]
Storn & Salchow, Oerzesmühlen (Mecklb.).

Tüchtige Akzidenz- und Inzeratenseher
sucht
„Der Holzmarkt“, Berlin SW 68. [752]

Maschinenmeister Akzidenzseher Werkseher Typograph- und Monotypeseher Stereotypseher
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht.
Oscar Brandtseher, Leipzig. [792]

Maschinenmeister
sucht
Buchdruckerei Strauß, H. G., Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8. [19]

Tüchtiger Maschinenmeister
in Dauerstellung gesucht.
C. Kauffe, Berlin-Neukölln, Münchener Straße 51, Gf. III. [41]

Maschinenmeister oder Schweizerdegen
(auch Kriegsbeschädigter) für sofort oder später in dauernde Stellung gesucht.
Martin Stander, Sasse a. S., Zapfenstraße 1. [44]

Tüchtiger Maschinenmeister Stereotypseher
sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnanspruch an
R. Reumeyer, Woson. [26]

Maschinenmeister
für Autotypen, Farben- und Illustrationsdruck wird ein tüchtiger, gewissenhafter
welcher Hervorragendes leistet, für Original-Niehepressen, ferner für Phönix- und Viktorialegel ein in besseren Arbeiten erfabrener
Tiegeldrucker
zu möglichst baldigem Eintritte in dauernde Stellung gesucht.
Ernst Marks, Wülshelm (Rubr). [968]

Maschinenmeister
der im Illustrationsdruck etwas erfahren ist und sich gern weiterbilden möchte, zu sofortigem Antritt gesucht. Bewerbung mit Zeugnisabschriften erbeten. [46]
Förster & Borries, Zwickau i. Sa.

Maschinenmeister Galvanoplastiker Silsarbeiter
wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei
S. S. Seemann, Buchdruckerei, Berlin SW 19, Weißbühlstraße 8. [38]

Bunt- und Bilderdrucker
erfabrene erste Kraft, gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten.
Druckerei-Ges. Hartung & Co., Hamburg 23.

Tüchtiger Tiegeldrucker
findet bei uns sofort Anstellung.
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.). [995]

Schweizerdegen
(auch Kriegsbeschädigter) sofort gesucht.
„Swinemünder Tageblatt“. [43]

Schriftseherlehrling
für sofort gesucht.
C. Koberg, Leipzig, Brüderstraße 57. [45]

Messeur
für Setzung (Inzerate), auch für Werk, wünscht sich zu verändern. Merle Angebote bitte niederzuliegen bei
Carlitz, Leipzig - Kleinjochow, Müllbergstraße 12 II. [47]

Königlich Sächsische Landes-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 13. u. 14. Juni.
800.000 Hauptgewinn
500.000
300.000
200.000
150.000
100.000
Lose 1/10 1/4 1/2 1/1
5.- 10.- 25.- 50.-
Versand auch ins Feld.
Staatliche Kollektion.
Martin Kaufmann,
Leipzig, Lindenstraße 47.

Wieder wurde uns ein treues Mitglied und lieber Kollege durch den Tod entrissen. In den schweren Kämpfen erlitt den Heldentod der Seher
Nikolaus Guthier
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Ortsverein Bensheim-Heppenheim. [130]

Wiederum traf uns eine Trauerkunde aus dem Kriege: Unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Gustav Sparmann
ist im Lazarett zu Mainz seiner schweren Verwundung erlegen.
Auch diesem Tapferen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Buchdruckergesellen der „Dresdner Nachrichten“ (Wiepich & Reisdardt). [34]

Auf einem Kriegsschauplatz fiel unser Kollege, der Maschinenmeister
Johannes Müller
Unteroffizier in einem Inf.-Reg. Inhaber des Eisernen Kreuzes aus Merken.
Der Gefallene war uns allen ein lieber Kollege, ein eifriges Verbandsmitglied und als langjähriger Vorsitzender des Ortsvereins Merken sehr geschätzt.
Gleichfalls verstarb infolge eines Unglücksfalls der Kollege
H. Such
aus Pinneberg.
Auch in letzterem verlieren wir als Vorsitzenden des Ortsvereins Pinneberg einen lieben Kollegen und treuen Mitarbeiter in unrer Verbandsache.
Wir werden diesen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Tschoe. [29]

Am 23. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher
Hermann Gladbach
aus Reichlingen, im Alter von 39 Jahren. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen langjährigen Mitarbeiter und Freund. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Verbandsmitglieder der Firma
A. B. Behren, Bf. (Sächsische Volkszeitung). [36]

Am 27. Mai verschied an den Folgen einer Operation unser lieber Kollege und langjähriger Mitglied, der Seher
Mag Schneider
aus Berlin, im 35. Lebensjahre. Auch ihm wird ein ehrendes Andenken bewahren
Der Ortsverein Wiesbaden. [49]

Am 26. April entriß uns der Weltkrieg wieder einen braven Kollegen. Den Feldentod erlitt der Seher
Dito Schwirzke
Sein offener, gerader Charakter sowie sein kollegiales Verhalten sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Das Personal der Buchdruckerei
F. Cynamon, Berlin. [31]

Am 13. Mai verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher
Paul Geisler
im Alter von 67 Jahren.
Nach schwerer Verwundung verstarb in einem Lazarett der Seher
Philipp Röhl
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Der Bezirksverein Straßburg i. El. [33]

Wiederum hat das Völkerringen zwei Kollegen aus unrer Mitte gerissen, und zwar die Seher
Eugen Grifand
aus Summersbach;
Nikolaus Hausmann
aus Aachen.
Ferner verstarb nach längerer, schwerer Krankheit unser Mitglied, der Seher
Hermann Gladbach
aus Reichlingen, im Alter von 39 Jahren. Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Bf. [35]

Am 23. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher
Hermann Gladbach
aus Reichlingen, im Alter von 39 Jahren. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen langjährigen Mitarbeiter und Freund. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Verbandsmitglieder der Firma
A. B. Behren, Bf. (Sächsische Volkszeitung). [36]

Am 27. Mai verschied an den Folgen einer Operation unser lieber Kollege und langjähriger Mitglied, der Seher
Mag Schneider
aus Berlin, im 35. Lebensjahre. Auch ihm wird ein ehrendes Andenken bewahren
Der Ortsverein Wiesbaden. [49]